

## Präsidentschaftswahlen in Rußland: Westliche Unterstützungsmaßnahmen im Vorfeld des ersten Wahlgangs

Höhmann, Hans-Hermann; Meier, Christian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Höhmann, H.-H., & Meier, C. (1996). *Präsidentschaftswahlen in Rußland: Westliche Unterstützungsmaßnahmen im Vorfeld des ersten Wahlgangs*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 40/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46362>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## **Präsidentschaftswahlen in Rußland: Westliche Unterstützungsmaßnahmen im Vorfeld des ersten Wahlgangs**

### **Zusammenfassung**

Die westliche Unterstützung, die Rußland und insbesondere Jelzin im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen gewährt worden ist, besteht einerseits aus multi- und bilateralen Finanzhilfen, andererseits aus Maßnahmen zur außenpolitischen Einbindung des Landes und zu seiner internationalen Aufwertung. Vor allem die neuerlichen Finanztransfers sind sowohl in Rußland als auch in den Geberländern umstritten. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß die Verwendung westlicher Kredite zur kurzfristigen Finanzierung laufender konsumtiver Staatsaufgaben die externe Verschuldung Rußlands weiter erhöht. Unklar ist, ob die Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung von ihr positiv aufgenommen und im Gegenzug durch ein entsprechendes Abstimmungsverhalten honoriert werden. Außerdem ist in Rechnung zu stellen, daß jede Hilfe für Rußland, insbesondere eine konditionierte wie die des Internationalen Währungsfonds, von den Kontrahenten Jelzins als Ausdruck russischer Abhängigkeit interpretiert und politisch-propagandistisch gegen ihn instrumentalisiert wird.

### **Politischer Kontext**

Spätestens seitdem der Ausgang der Dumawahlen im Dezember 1995 die Möglichkeit eines kommunistischen Erfolgs auch bei den russischen Präsidentschaftswahlen nachdrücklich signalisiert hatte, findet unter den Staats- und Regierungschefs der führenden westlichen Staaten (G7 und EU) ein intensiver Konsultationsprozeß über die Alternativen der politischen Entwicklung in Rußland und ihre Implikationen für die internationale Politik statt. Eine besondere Bedeutung hat dabei die Suche nach Möglichkeiten zur Unterstützung des amtierenden russischen Präsidenten Jelzin, der sich um die Bestätigung für eine zweite Amtsperiode bemüht. Seit Anfang 1996 sind zahlreiche Aktionen im bi- und multilateralen Rahmen zu registrieren, die insgesamt stark an vergleichbare Bemühungen in der ersten Jahreshälfte 1993 erinnern. Auch damals war Jelzins Position gefährdet - es war zu einem lähmenden Patt zwischen Präsident und Oberstem Sowjet gekommen -, und die G7-Staaten versuchten vor und auf dem Tokioter Weltwirtschaftsgipfel den russischen Präsidenten durch ein Paket breitgefächerter Hilfsmaßnahmen zu unterstützen.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Vgl. H.-H. Höhmann/C. Meier, Unterstützungskonzepte auf dem Prüfstand. Rußland und die G7-Staaten zwischen den Weltwirtschaftsgipfeln von München und Tokio, Berichte des BIOst, 19, 1993; H.-H. Höhmann/C. Meier, Hilfsaktivitäten auf Sparflamme? Die Unterstützung für Rußland auf dem Tokioter G7-Gipfel, Berichte des BIOst, 29, 1993.

Seit den Dumawahlen vom Dezember 1993 und der Annahme der neuen, auf den amtierenden Präsidenten zugeschnittenen Verfassung hat sich zweifellos eine gehörige Portion Skepsis gegenüber der Erwartung einer raschen Konsolidierung von Demokratie und Marktwirtschaft in Rußland eingestellt. Als Exponent und gleichzeitiger Garant von Reformen wird Jelzin auch von führenden westlichen Politikern zunehmend kritischer eingeschätzt. Dennoch geht die Außenpolitik der G7-Staaten mit guten Gründen davon aus, daß unter dem Gesichtspunkt eigener Interessen gegenwärtig keine realistische Alternative zu Jelzin gegeben ist. Drei Grundeinschätzungen machen diese Position plausibel:

*Erstens* wird die Reformentwicklung in Rußland unter einer fortgesetzten Präsidentschaft Jelzins immer noch als entschieden aussichtsreicher angesehen als unter seinem Hauptkontrahenten, dem Kommunistenführer G. Sjuganow. Dabei nimmt man an, daß im Falle von Jelzins Wiederwahl die Perspektive für systempolitischen Wandel, sich verfestigenden gesellschaftlichen Pluralismus und zunehmende institutionelle Effizienz wenigstens offenbleibt, während unter Sjuganow, wenn nicht gleich mit einem neuerlichen, reaktionären Systemwechsel, so doch zumindest mit erheblichen politisch-ökonomischen Instabilitäten und Entwicklungsbrüchen zu rechnen ist.

*Zweitens* wird immer wieder, nicht zuletzt von deutscher Seite, die Verlässlichkeit der russischen Außenpolitik unter Jelzin hervorgehoben und die Bedeutung von rhetorischen Verschärfungen sowie personellen Wechseln in der jüngsten Vergangenheit als vergleichsweise gering eingeschätzt.<sup>2</sup>

*Drittens* - und dies kennzeichnet vor allem die Haltung internationaler Finanz- und Wirtschaftsorganisationen (IWF, Weltbank, OECD, EBWE sowie EU) - geht man schon für die nahe Zukunft von deutlichen realwirtschaftlichen Erholungs- bzw. monetären Stabilisierungstendenzen der russischen Wirtschaft sowie von anhaltender Kooperationsbereitschaft und fortgesetzten Bemühungen um Konsistenz der Moskauer Wirtschaftspolitik aus. Diese Perzeption hat zur Bereitstellung erheblicher Finanzmittel und zu weitreichenden Umschuldungsregelungen geführt.

So gilt insgesamt als implizites Motto westlicher Außen- und Außenwirtschaftspolitik gegenüber Rußland: Die Sicherung der Präsidentenposition für Jelzin macht Hilfe nötig, und die Lage der russischen Wirtschaft läßt Unterstützung mittlerweile auch als ökonomisch sinnvoll erscheinen.

Jede der drei Grundeinschätzungen, so verständlich diese aus der Sicht der westlichen Akteure auch sind, muß freilich problematisiert werden. Was die Offenheit der Reformentwicklung in Rußland betrifft, so enthalten die gegenwärtigen Strukturen und Tendenzen nicht nur im Falle eines Präsidentenwechsels zu Sjuganow, sondern auch unter einer fortgesetzten Präsidentschaft Jelzins Risiken negativer Entwicklungen wie langfristige Stagnation und Deindustrialisierung, ökonomische Substanzauszehrung, neue Inflationsschübe und Aushöhlung der ohnehin noch rudimentären Marktwirtschaft und Demokratie durch eine zunehmende oligarchische Vermachtung.

Im Hinblick auf die vielbeschworene außenpolitische Verlässlichkeit des russischen Präsidenten stehen die eigentlichen Bewährungsproben in den einzelnen Handlungsbereichen noch bevor: so bei der Entwicklung ausgewogener Kooperationsstrukturen mit Partnern im "nahen" und "fernen" Ausland sowie im Hinblick auf die Akzeptanz neuer europäischer Sicherheitsstrukturen (NATO-Osterweiterung).

Was die Annahme einer fortschreitenden ökonomischen Konsolidierung betrifft, so vermittelt die Wirtschaftspraxis ein anderes Bild: Die Wachstumsraten wichtiger makroökonomischer Aggregate (Bruttoinlandsprodukt, Industrieproduktion, Investitionen, Konsum) sind weiterhin negativ, die rückläufige Inflationsentwicklung könnte wegen der Wahlgeschenke des amtierenden Präsidenten in einen neuen Geldentwertungsschub umschlagen, und die bei Systemreform und ökonomischer Konsolidierung wachsende Kluft zwischen Rußland und den erfolgreicherer Transformationsländern

<sup>2</sup> "Wenn ich auf die Jahre nach der Übernahme des Präsidentenamtes durch B. Jelzin zurückblicke, kann ich wohl feststellen, daß er sich in vielem, bis hin zu kleinen Details, stets bemüht hat, Absprachen genau einzuhalten", so Bundeskanzler H. Kohl in einer öffentlichen Erklärung am 20.2.1996 in Moskau.

(Ostmitteleuropa, Baltikum) erhöht schließlich die Gefahr einer Abkoppelung Rußlands im Umgestaltungsprozeß.

Die Rußland und insbesondere seinem Präsidenten im Vorfeld der Wahl gewährte Unterstützung besteht einerseits aus multi- und bilateralen Finanzhilfen (neuen Krediten, Umschuldungen), andererseits aus Maßnahmen zur außenpolitischen Einbindung des Landes und zu seiner internationalen Aufwertung. Allerdings sind vor allem die neuerlichen Finanztransfers in Rußland und in den Geberländern gleichermaßen umstritten. Es gibt in der Tat viele berechtigte Zweifel daran, ob die eingeleiteten Maßnahmen auch den gewünschten Effekt erzielen. Ein überzeugender empirischer Nachweis dürfte kaum zu erbringen sein. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß die überwiegend kurzfristige Verwendung westlicher Kredite zur Finanzierung laufender konsumtiver Staatsaufgaben die Verschuldung Rußlands weiter erhöht. Unklar ist, ob die Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung von ihr positiv aufgenommen und im Gegenzug durch ein entsprechendes Abstimmungsverhalten honoriert werden. Weiter kann nicht übersehen werden, daß tendenziell jede Hilfe für Rußland, insbesondere, wenn sie wie die Maßnahmen des IWF mehr oder weniger konditioniert ist, von den Kontrahenten Jelzins als Ausdruck russischer Abhängigkeit perzipiert und politisch-propagandistisch gegen ihn instrumentalisiert wird.

## Finanzielle Unterstützungsmaßnahmen für Rußland

### *Multilaterale Finanzhilfen*

*Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds:* Nach monatelangen Verhandlungen unterzeichneten IWF-Generaldirektor M. Camdessus und Präsident B. Jelzin am 22. Februar 1996 eine Vereinbarung über die Gewährung einer "Extended Fund Facility" (EFF) in Höhe von 10,2 Mrd. USD mit einer Laufzeit von drei Jahren. Hiervon hatte die russische Regierung einen Betrag von 3 Mrd. USD bereits fest in den Haushalt 1996 eingeplant. Im Rahmen des Abkommens mußte die russische Regierung eine Reihe einschneidender Verpflichtungen für ihre weitere Wirtschafts- und Haushaltspolitik akzeptieren, die in einem auf drei Jahre angelegten Wirtschaftsprogramm enthalten sind. So müssen das Haushaltsdefizit im Jahre 1996 auf 4%, 1997 auf 3% und schließlich 1998 auf 2% des BIP reduziert sowie die monatliche Inflationsrate, die im Januar 1996 noch 4,1% betrug, auf 1% reduziert werden. Die vorgegebenen Ziele will man weniger durch Ausgabenkürzungen als durch vermehrte Staatseinnahmen erreichen, und zwar durch geringere Steuerausfälle, durch die Anhebung der Verbrauchssteuern und durch eine Förderung der Ausfuhr von Energieträgern im Wege der Aufhebung der Exportzölle für Gas vom 15. März 1996 und für Erdöl vom 1. Juli 1996 an. Weiter gehören zu dem IWF-Forderungspaket: Stabilisierung des Wechselkurses, soziale Ausgleichsmaßnahmen, Konsolidierung des Bankwesens und weitere Fortschritte bei der Privatisierung. Für 1996 ist eine monatliche, ab 1997 eine vierteljährliche Überprüfung der Erfüllung der IWF-Forderungen vorgesehen.<sup>3</sup> Der Exekutivrat des IWF hat der EFF für Rußland am 26. März 1996 zugestimmt. Damit stünden der russischen Regierung bis zum Tag der Präsidentenwahlen etwas mehr als 1 Mrd. USD zur Verfügung.<sup>4</sup>

Im Westen geäußerte Kritik, daß der IWF mit dieser EFF auf ökonomisch fragwürdige Weise im russischen Präsidentenwahlkampf Partei ergriffen habe, hielt Camdessus entgegen, daß es vielmehr als Parteinahme interpretiert werden müsse, Rußland heute *nicht* zu unterstützen. Außerdem verteidigte er die IWF-Kreditvergabe mit dem Hinweis darauf, daß die Auszahlung im Falle einer Nichteinhaltung der vereinbarten Kriterien kurzfristig ausgesetzt werden könnte.

*Weltbank und EBWE:* Auch von der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) wurden umfangreiche Kredite zugesagt. Während eines Moskau-Besuches im

<sup>3</sup> VWD-Rußland mit GUS-Staaten, 39, 23.2.1996.

<sup>4</sup> VWD-Rußland mit GUS-Staaten, 63, 28.3.1996.

Mai 1996 gab der Präsident der Weltbank, J. Wolfensohn, bekannt, daß sein Institut für Projekte in Rußland 23 Darlehen im Gesamtumfang von 6,5 Mrd. USD gebilligt habe.<sup>5</sup> Die EBWE fördert 64 Investitionsprojekte in Rußland. Wie der Leiter der EBWE-Vertretung in Moskau, L. Naumowski, mitteilte, wird die Bank über 2,2 Mrd. USD für Investitionskredite zur Verfügung stellen.<sup>6</sup>

### ***Bilaterale Finanzhilfen und Handelskredite: Beispiel Bundesrepublik Deutschland***

Am 7. März 1996 wurde bekannt, daß Rußland zur Ergänzung der IWF-Mittel von einem Konsortium deutscher Banken unter Federführung der Deutschen Bank sowie von der Kreditanstalt für Wiederaufbau Kredite von insgesamt 4 Mrd. DM zur Verfügung gestellt werden.<sup>7</sup> Die Mittel werden mit einer Laufzeit von sieben Jahren zu marktüblichen Konditionen vergeben. Die Tilgung setzt nach vier Freijahren ein. Die Bundesregierung ist bereit, die Kreditvergabe zu 90% mit einer Bundesgarantie zu begleiten. Die Ausgabenprogramme, die mit deutscher Hilfe finanziert werden sollen, stehen im Einklang mit der Vereinbarung zwischen Rußland und dem IWF. Von der Gesamtsumme soll eine erste Summe von 3 Mrd. DM zur kurzfristigen Stabilisierung der russischen Wirtschaft dienen. Der Restbetrag von 1 Mrd. DM ist dazu gedacht, längerfristige Projekte von gemeinsamem wirtschaftlichen Interesse beider Staaten zu finanzieren. Am 24. Mai 1996 haben Bundeswirtschaftsminister G. Rexrodt und der russische Außenhandelsminister O. Dawydow am Rande des "Berliner Wirtschaftsforums in Moskau" hierzu ein Memorandum unterzeichnet. Die Mittel sollen zur Modernisierung eines Metallurgiekombinats in Oskol, zum Bau von Produktionsstätten für Schulmöbel (Wologda), für Arzneimittel (Tjumen) und für Zuckerprodukte (Rostow am Don) sowie für mehrere Projekte im Energiesektor unter Einbeziehung von Lieferungen deutscher Unternehmen verwendet werden.<sup>8</sup>

Außerdem hat die Bundesregierung Rußland im Anschluß an die langfristige Umschuldungsvereinbarung mit dem Pariser Club aus der Hermes-Kategorie fünf in die Kategorie vier heraufgestuft. Damit werden Hermes-Deckungen im Rußland-Geschäft um 25% verbilligt. Auf deutscher Seite erhofft man sich hiervon eine Verstärkung der Exporttätigkeit, die sich seit 1990 kontinuierlich verringert hat. Wie schon 1995 beträgt der gesamte Hermes-Deckungsplafond im laufenden Jahr 1,5 Mrd. DM. Dieser Betrag liegt um 15% über dem Wert, der im vergangenen Jahr von der russischen Seite genutzt wurde. Der Gesamtplafond gliedert sich in zwei Teilplafonds. Der Plafond I mit einem Volumen von 600 Mio. DM ist für kleinere und mittlere Unternehmen aus den neuen Bundesländern vorgesehen. Für das Einzelgeschäft ist ein Limit bis zu 50 Mio. DM festgelegt. Der aus den alten Bundesländern einbeziehbare Lieferanteil bei Investitionsgütern wird von 20 auf 30% heraufgesetzt. Der Plafond II ist mit einem Volumen von 900 Mio. DM ausgestattet und steht Unternehmen aus Ost und West gleichermaßen offen.<sup>9</sup>

### ***Neue Umschuldungsvereinbarungen***

*Abkommen mit dem Londoner Club:* Die dritte Teilvereinbarung zwischen den im Pariser Club zusammengeschlossenen öffentlichen Geldgebern und Rußland vom 3. Juni 1995 gab den Bemühungen um eine langfristige Umschuldung der bei privaten Gläubigern Rußlands bestehenden Verbindlichkeiten neuen Auftrieb. Seit Juli 1993 herrschte hier nämlich ein Stillstand, der lediglich alle drei Monate von der gleichlautenden Verlautbarung unterbrochen wurde, daß der unter der Führung der Deutschen Bank stehende Lenkungsausschuß der Kreditgeber dem russischen Antrag auf einen weiteren Roll-over von 90 Tagen stattgegeben habe. Mitte November 1995 wurde nach insgesamt vierjähriger Verhandlungsdauer ein Abkommen geschlossen, demzufolge die Rückzahlung

<sup>5</sup> ITAR-TASS, 23.5.1996.

<sup>6</sup> VWD-Rußland mit GUS-Staaten, 44, 1.3.1996.

<sup>7</sup> VWD-Rußland mit GUS-Staaten, 57, 20.3.1996.

<sup>8</sup> VWD-Rußland mit GUS-Staaten, 101, 28.5.1996.

<sup>9</sup> VWD-Rußland mit GUS-Staaten, 86, 3.5.1996.

von Altschulden der ehemaligen Sowjetunion in Höhe von 25,5 Mrd. USD über einen Zeitraum von 25 Jahren gestreckt wird, der sieben Freijahre einschließt. Die Freiphase beginnt rückwirkend per Ende 1995. Ende 2002 soll die erste Tilgungsrate fällig sein. Was die Begleichung der auf rd. 7 Mrd. USD aufgelaufenen Zinsrückstände anbelangt, so wurde zum einen vereinbart, daß 1,5 Mrd. USD aus den Jahren 1994 und 1995 bis Ende 1996 gezahlt werden, nachdem bereits 500 Mio. USD als Abschlagszahlung für Zinsforderungen aus den Jahren 1992 und 1993 an die Bank von England überwiesen worden waren. Zum anderen wurde festgelegt, die restlichen ausstehenden Zinsen in Floating Rate Notes mit einer Laufzeit von 20 Jahren, sieben Freijahre eingeschlossen, umzuwandeln. Vorgesehen ist ferner, diese Zinsen innerhalb der ersten sechs Jahre teilweise zu kapitalisieren.<sup>10</sup>

*Abkommen mit dem Pariser Club:* Nach zähen Verhandlungen seit November 1995 haben die Gläubiger des Pariser Clubs und Rußland am 29. April 1996 eine multilaterale Vereinbarung über eine umfassende Umschuldung im Gesamtvolumen von rd. 40 Mrd. USD unterzeichnet. Die neue Vereinbarung zielt auf eine abschließende Regelung von Schulden der ehemaligen UdSSR, die bis Ende 1991 aufgelaufen waren. Von dem Gesamtbetrag entfallen rd. 10,5 Mrd. USD auf die Umschuldung von bisher noch nicht umgeschuldeten Fälligkeiten im Zeitraum 1996 bis 1998 und zu einem geringen Teil bis zum 1. Quartal 1999 sowie rd. 29,5 Mrd. USD auf die Reprofilierung der Umschuldungsabkommen für die Periode 1993 bis 1995, wobei die Beträge schon kapitalisierter Umschuldungszinsen aus dem Abkommen 1993 ausgenommen sind. Die Rückzahlung soll zu Marktzinsen bei sechs Freijahren (bis Februar 2002) und anschließend 14 Tilgungsjahren zum ganz überwiegenden Teil (96%) nach 20 Jahren, zu einem geringeren Teil (4%) nach 25 Jahren abgeschlossen sein. Die Bundesrepublik Deutschland ist an der Umschuldung mit 45,6% (18,5 Mrd. USD) beteiligt und leistet damit wie bisher den größten finanziellen Beitrag. Während des gesamten Zeitraums wird Rußland die neu anfallenden Umschuldungszinsen auf der Basis der festgelegten Rückzahlungsbedingungen voll bezahlen. Anders als bei früheren Abkommen ist keine Kapitalisierung vorgesehen.<sup>11</sup> Ohne diese Vereinbarung hätte Rußland in diesem Jahr Forderungen in Höhe von 20 Mrd. USD bedienen müssen. Nun muß es nur etwa 2 Mrd. USD Zinsen an die Staaten des Pariser Clubs zahlen, was insofern erschwinglich ist, als im russischen Staatshaushalt für die Begleichung von Verpflichtungen gegenüber dem Ausland ein Betrag von 8,5 Mrd. USD vorgesehen ist.<sup>12</sup>

### **Außenpolitische Maßnahmen zur Stützung Jelzins**

*Mitgliedschaft im Europarat:* Am 25. Januar 1996 sprach sich die Parlamentarische Versammlung des Europarats trotz deutlicher Kritik an der Menschenrechtslage in Rußland für eine rasche Integration des Landes als 39. Mitglied in den Staatenbund aus. Am 28. Februar 1996 wurde der Beitritt in Anwesenheit des russischen Außenministers J. Primakow feierlich vollzogen. Er unterzeichnete vier grundlegende Vertragstexte des Europarats. Neben der Europäischen Menschenrechtskonvention, deren Übernahme die wichtigste Beitrittsvoraussetzung ist, verpflichtet sich Rußland auch zur Übernahme der Anti-Folterkonvention, der Europäischen Charta zur kommunalen Selbstverwaltung sowie der Rahmenkonvention zum Schutz der nationalen Minderheiten in das russische Rechtssystem. Zur Umsetzung aller Zusatzprotokolle zur Menschenrechtskonvention ist Rußland in der Aufnahmeentschließung der Parlamentarischen Versammlung eine dreijährige Frist eingeräumt worden. Zuversichtlich zeigte sich Primakow, daß Rußland schon bald das Individualklagerecht für Bürger, die sich in ihren Grundrechten verletzt fühlen, übernehmen könne. Damit würde sich das Land der überstaatlichen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte unterwerfen. Erheblich größere Probleme sieht

<sup>10</sup> VWD-Rußland mit GUS-Staaten, 56, 20.11.1995.

<sup>11</sup> BMWi-Tagesnachrichten, 10553, 30.4.1996.

<sup>12</sup> Süddeutsche Zeitung, 30.4.1996.

Primakow bei der Verpflichtung zur Abschaffung der Todesstrafe, weil dieses Ziel wegen der großen Brutalität der organisierten Kriminalität wenig Anklang in der Bevölkerung finden würde.<sup>13</sup>

*Aufwertung Jelzins im G7-Kontext:* Auf dem letztjährigen G7-Gipfel in Halifax hatten sich die Teilnehmer auf einen russischen Vorschlag geeinigt, im Frühjahr 1996 in Moskau eine Konferenz abzuhalten, die sich mit Fragen der nuklearen Sicherheit, der Atommüllentsorgung und des Schmuggels von Nu-

---

<sup>13</sup> VWD-Rußland mit GUS-Staaten, 44, 1.3.1996.

klearmaterial befassen sollte. Nach Konsultationen zwischen Rußland und den G7-Staaten wurde die Konferenz für den 19. und 20. April 1996 nach Moskau einberufen. Damit sollte auch bei der russischen Bevölkerung der Eindruck erweckt werden, als sei Rußland bereits faktisch in den kleinen Kreis der international führenden Mächte integriert worden.

Die Möglichkeit einer echten Erweiterung der G7 um Rußland zu einer G8 ist auf der 33. Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 1996 diskutiert worden. Bundeskanzler H. Kohl wurde vom stellvertretenden Regierungssprecher H. Schmülling mit der Aussage zitiert, daß es gemeinsame Überlegungen mit anderen Regierungen gebe, aus der G7 schon beim diesjährigen Weltwirtschaftsgipfel in Lyon (27.-29.6. 1996) eine G8 zu machen. Im politischen Bereich ist der Übergang von der G7 zur G8 auf dem Gipfel in Halifax bereits vollzogen worden. In wirtschaftlicher Hinsicht sind nach Einschätzung des französischen Präsidenten J. Chirac, dem Gipfelgastgeber und gegenwärtigen G7-Vorsitzenden, noch einige Voraussetzungen für die volle Mitgliedschaft Rußlands zu erfüllen, doch bewerte er die Perspektive insgesamt positiv.<sup>14</sup> Diese Einschätzung unterstreicht das Bestreben der westlichen Führer, Jelzin die G8-Tür offenzuhalten, auch wenn ihr Rahmen für die gegenwärtige ökonomische Dimension Rußlands deutlich zu groß ist.

Hans-Hermann Höhmann/Christian Meier

---

<sup>14</sup> VWD-Rußland mit GUS-Staaten, 78, 22.4.1996.